



ELTERN FÜR BILDUNG

Landeselterninitiative für Bildung

Fasanenweg 3a
66129 Saarbrücken

Sparkasse Neunkirchen,
BLZ 592 520 46
Konto Nr. 50236423 Andrea Martin

Sprecher

Bernhard Strube
Fasanenweg 3a, 66129 Saarbrücken
Telefon: 06805 21010
Handy: 0163 2819959
Bernhard.Strube@t-online.de

Haltung der Landeselterninitiative für Bildung zum Thema Verfassungsänderung/Gemeinschaftsschule

Saarbrücken, 10.1.2011

Grundsätzlich:

Bei der Landeselterninitiative für Bildung findet die Umwandlung von Erweiterten Realschulen sowie Gesamtschulen in Gemeinschaftsschulen und die dazu nötige Änderung der Verfassung Zustimmung, wenn die Änderung zu einer gleichwertigen Schulform im Sekundarbereich neben dem Gymnasium führt, in der gute Rahmenbedingungen für Lehrer sowie Schüler geschaffen werden und die Qualität von Unterricht und Lernen stimmt. Die Differenzierung von Schulformen im Sekundarbereich darf nicht dazu führen, dass eine als die schlechtere Wahl oder als Selektion empfunden wird oder dass sie zu einer Art Auslese führt.

Im Einzelnen:

Hinter den Türen der neuen Schule muss vorbildliche pädagogische Arbeit gewährleistet sein. Dies darf in den Grundzügen nicht einem Beschluss der Schulkonferenz überlassen bleiben. Eltern müssen wissen, an welche Schule sie ihre Kinder anmelden und dass die Schule gegenüber dem Gymnasium nicht die schlechtere Wahl ist! "Schulfrieden", wie der Ministerpräsident es nennt, tritt ja nicht ein, wenn man nur den Namen der Schulform ändert. Deshalb wäre es für Eltern von Bedeutung, dass sich die Politiker grundlegend auf ein Pädagogik-Konzept verständigen, das den neuen Erkenntnissen der Bildungsforschung folgt. Dies könnte in einer Landtagsentschließung zum Ausdruck gebracht werden, die die Verfassungsänderung begleitet.

Bedingung ist eine bessere Schüler-Lehrer-Relation, denn kleinere Klassen eröffnen mehr Zuwendung für die Schüler (Vorbild Hamburg: 23/25 Schüler als Anhalt).

Je nach Anteil der Schüler aus benachteiligenden Lebensumständen und je nach Konzept für individuelle Förderung muss mehr Lehrerzeit zur Verfügung gestellt werden.

Die Gemeinschaftsschule muss eine „inklusive“ Schule sein. Dazu ist die Landesregierung in Umsetzung der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichtet. Schule und Unterricht müssen so gestaltet sein, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen die Bedingungen vorfinden, die sie benötigen, um erfolgreich zu lernen.

An jeder Gemeinschaftsschule müssen Sozialpädagogen als Angehörige des Kollegiums zur Unterstützung des Lernens und der Schulentwicklung arbeiten. Die Personalverantwortung sollte beim Bildungsministerium liegen (nicht warten, bis ev. der Bund tätig wird).

Verbindlich vorgeschrieben werden müssen Konzepte für individuelle Förderung und Herausforderung, etwa im Schulordnungsgesetz (siehe dazu Hamburgisches Schulgesetz: "Eine Lernkultur mit stärkerer und dokumentierter Individualisierung bestimmt das schulische Lernen...Die nähere Ausgestaltung der Versetzung, der Wiederholung, des Aufrückens, der individuellen Förderung sowie der Einstufung und der Umstufung erfolgt durch Rechtsverordnung.")

Keine „Bildungsgänge“ in der Gemeinschaftsschule, sondern binnendifferenzierter Unterricht ist einzurichten; die nach dem Lehrplan notwendigen unterschiedlichen Anspruchsebenen sollen grundsätzlich auch im Klassenverband unterrichtet werden können.

Die Schule muss Verantwortung für ihre Schüler behalten bis min. Klasse 9 (Sitzenbleiben abgeschafft)

Prinzipiell soll die Gemeinschaftsschule das Recht auf eine eigenständige Oberstufe oder eine Oberstufe in Kooperation mit einer oder mehreren Gemeinschaftsschulen haben. Sie soll auch mit Gymnasien kooperieren können, wenn nur auf diesem Weg eine Oberstufenorganisation erreicht werden kann.

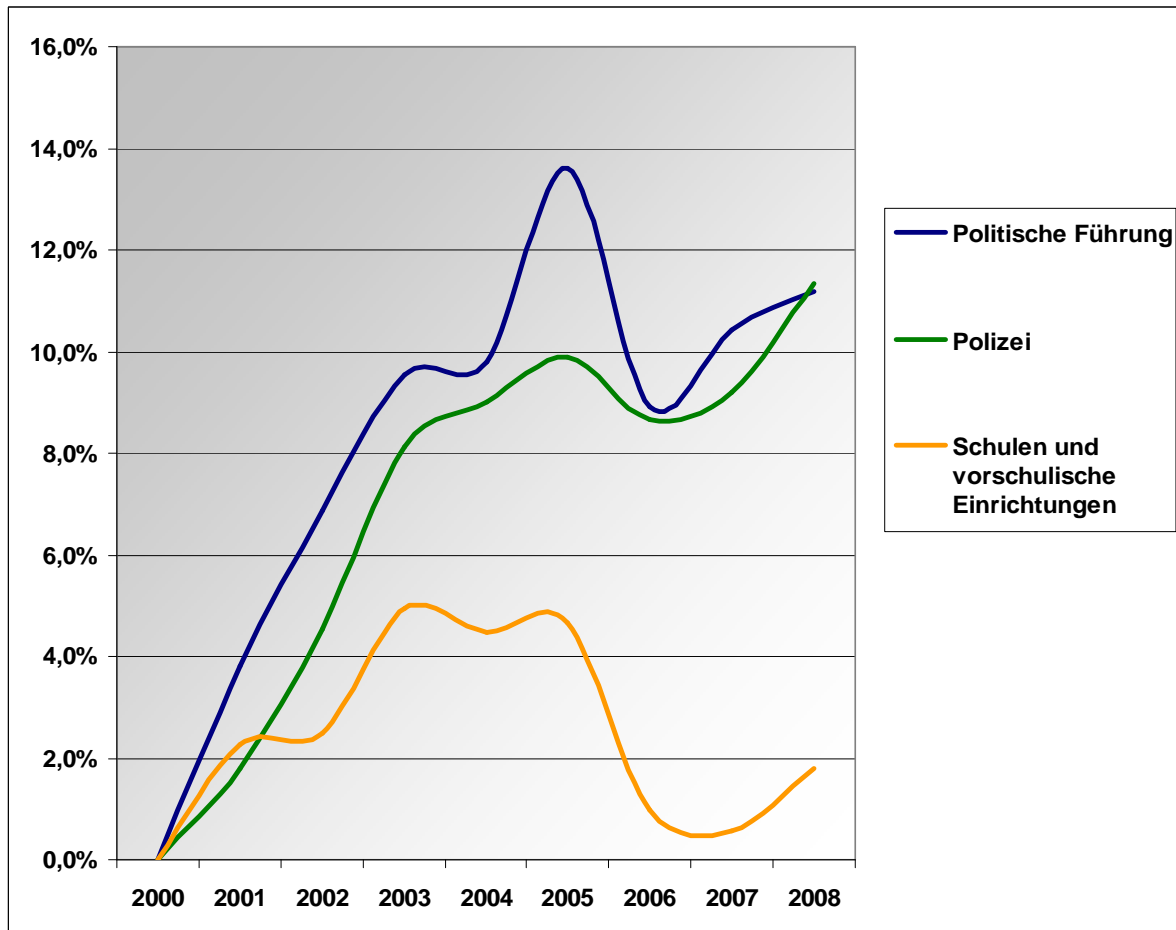
Für Lehrerinnen und Lehrer - an allen Schulen - soll eine verpflichtende Fortbildung eingeführt werden (Vorbild Hamburg: 20 Stunden jährlich). Dazu muss ein an der Nachfrage orientiertes Qualifizierungsprogramm angeboten werden, in dessen Vordergrund "Differenzierung und Individualisierung des Lernens" sowie "Schul- und Qualitätsentwicklung" stehen. Natürlich sind die Lehrerinnen und Lehrer auf ihre Tätigkeit in der Gemeinschaftsschule vorzubereiten.

Für alle Lehrerinnen und Lehrer - aller Schulen - soll Supervision als berufsbegleitende Unterstützung verfügbar sein (Freiwilligkeitsprinzip).

Es ist auch eine Schul- und Qualitätsentwicklung sowie Verbesserung der Rahmenbedingungen bei den Gymnasien erforderlich; dazu sollte die Opposition ein "Eckpunktepapier" (o.ä.) der Regierung einfordern bzw. die Regierung ein solches vorlegen.



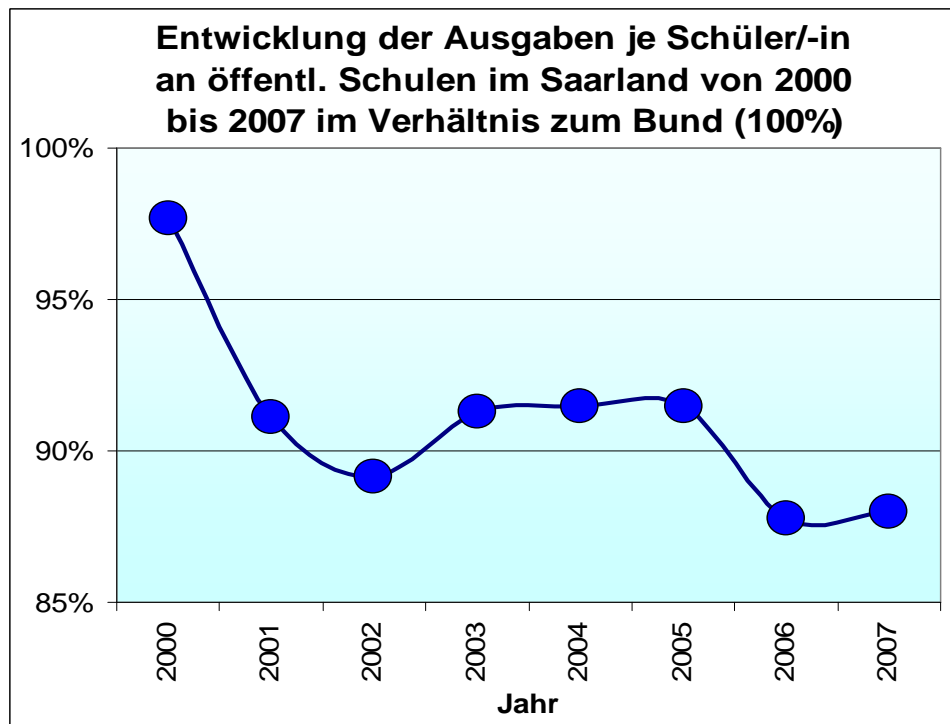
Saarland Entwicklung der Personalausgaben und der Ausgaben je Schüler



	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Schulen und vorschulische Einrichtungen	380,8	389,4	390,3	399,6	397,8	398,6	384,5	382,9	387,6
Politische Führung	78,6	81,6	84,0	86,1	86,3	89,3	85,6	86,8	87,4
Polizei	112,1	114,1	117,2	121,2	122,2	123,2	121,8	122,4	124,8
Schulen und vorschulische Einrichtungen	0,0%	2,3%	2,5%	4,9%	4,5%	4,7%	1,0%	0,6%	1,8%
Politische Führung	0,0%	3,8%	6,9%	9,5%	9,8%	13,6%	8,9%	10,4%	11,2%
Polizei	0,0%	1,8%	4,5%	8,1%	9,0%	9,9%	8,7%	9,2%	11,3%

(Quelle: Jahresberichte des Rechnungshofes des Saarlandes)

Während die Ausgaben für Lehrpersonal im Saarland im (letzten vom Rechnungshof geprüften) Jahr 2008 nur um 1,8 % höher liegen als 2000, sind es für Polizei 11,3 % und für politische Führung 11,2 % mehr.



(Quelle: Statistisches Bundesamt, Studie "Bildungsausgaben - Ausgaben je Schüler/-in 2007", erschienen April 2010, und Veröffentlichungen der Jahre zuvor)

Während im Bund die Ausgaben je Schüler 2007 (5.000 €) um 16 % gegenüber 2000 (4.300 €) höher lagen, erreicht das Saarland 2007 (4.400 €) noch nicht einmal das durchschnittliche Niveau der Bundesländer aus dem Jahr 2001 (4.500 €) und fällt im Bundesvergleich immer weiter ab.

Bernhard Strube
Sprecher der Landeselterninitiative für Bildung e.V.

Fasanenweg 3a, 66129 Saarbrücken
Telefon: 06805 21010
Mobil: 0163 2819959
Bernhard.Strube@t-online.de
www.eltern-fuer-bildung.de



ELTERN FÜR BILDUNG

Landeselterninitiative für Bildung

Schulabgänger anteilig nach ihrer Herkunft für jedes Bundesland und jeden Abschluss im Schuljahr 08/09, Stand März 2010	ohne Hauptschulabschluss						mit Hauptschulabschluss						mit Realschulabschluss						mit allgemeiner Hochschulreife					
	deutsch		ausl.		alle		deutsch		ausl.		alle		deutsch		ausl.		alle		deutsch		ausl.		alle	
	in %	Rang	in %	Rang	in %	Rang	in %	Rang	in %	Rang	in %	Rang	in %	Rang	in %	Rang	in %	Rang	in %	Rang	in %	Rang	in %	Rang
Baden-Württemberg	4,3%	1	13,7%	5	5,5%	1	26,3%	4	54,5%	1	29,9%	2	41,0%	7	26,5%	15	39,2%	7	28,1%	13	5,2%	16	25,2%	13
Bayern	5,4%	3	15,6%	11	6,3%	2	27,1%	3	49,2%	2	28,9%	3	44,1%	3	27,1%	14	42,8%	3	23,3%	16	8,2%	14	22,1%	16
Berlin	7,4%	11	19,7%	15	9,2%	13	20,6%	7	35,4%	7	22,7%	7	29,6%	14	29,8%	12	29,7%	14	42,4%	4	15,0%	6	38,5%	5
Brandenburg	9,6%	14	8,4%	1	9,5%	14	14,3%	13	17,5%	14	14,3%	13	33,4%	13	33,2%	8	33,4%	13	42,6%	3	40,8%	1	42,6%	2
Bremen	5,8%	5	11,7%	2	6,6%	5	16,9%	11	31,0%	10	18,9%	11	41,1%	6	42,8%	2	41,4%	4	35,0%	7	13,9%	7	32,0%	8
Hamburg	6,6%	9	15,2%	7	8,2%	10	19,0%	8	32,6%	9	21,5%	8	29,0%	15	31,1%	10	29,3%	15	43,3%	2	19,6%	4	39,1%	4
Hessen	5,5%	4	12,9%	3	6,5%	4	20,7%	6	39,5%	6	23,4%	6	41,8%	4	35,3%	7	40,9%	5	29,8%	10	10,2%	12	27,0%	11
Mecklenburg-Vorpommern	9,7%	15	13,3%	4	9,8%	15	8,7%	15	12,4%	16	8,7%	16	27,3%	16	32,1%	9	27,3%	16	52,1%	1	38,1%	2	52,0%	1
Niedersachsen	6,6%	8	20,0%	16	7,5%	9	18,4%	10	30,4%	11	19,2%	10	49,2%	1	41,7%	4	48,7%	1	24,5%	15	6,9%	15	23,2%	15
Nordrhein-Westfalen	5,4%	2	14,1%	6	6,4%	3	18,4%	9	33,5%	8	20,1%	9	41,3%	5	36,1%	6	40,7%	6	31,4%	9	12,8%	8	29,2%	9
Rheinland-Pfalz	6,3%	7	15,9%	12	7,0%	8	24,1%	5	43,5%	4	25,5%	5	39,7%	8	29,7%	13	39,0%	8	28,2%	12	9,3%	13	26,8%	12
Saarland	6,0%	6	15,4%	10	6,8%	6	29,7%	1	48,7%	3	31,2%	1	34,4%	12	22,6%	16	33,5%	12	28,4%	11	11,4%	9	27,0%	10
Sachsen	8,3%	13	16,2%	13	8,6%	12	8,6%	16	13,1%	15	8,8%	15	44,6%	2	42,0%	3	44,5%	2	38,5%	6	28,7%	3	38,1%	6
Sachsen-Anhalt	10,4%	16	17,3%	14	10,5%	16	15,9%	12	28,4%	12	16,0%	12	37,0%	10	43,2%	1	37,1%	10	33,4%	8	10,3%	11	33,1%	7
Schleswig-Holstein	8,1%	12	15,3%	8	8,5%	11	27,7%	2	41,6%	5	28,4%	4	36,7%	11	30,2%	11	36,4%	11	25,8%	14	11,1%	10	25,0%	14
Thüringen	6,8%	10	15,4%	9	6,8%	7	13,3%	14	27,6%	13	13,4%	14	38,9%	9	39,7%	5	38,9%	9	41,1%	5	17,3%	5	40,9%	3
Deutschland	6,2%	-	15,0%	-	7,0%	-	20,8%	-	40,2%	-	22,6%	-	41,0%	-	32,6%	-	40,2%	-	30,5%	-	10,7%	-	28,7%	-

Quelle: Statistisches Bundesamt „Bildung und Kultur“ Schuljahr 2008/09, Fachserie 11, Reihe 1, März 2010; berechnet aus Tabelle 6.2

Farblegende Rang:

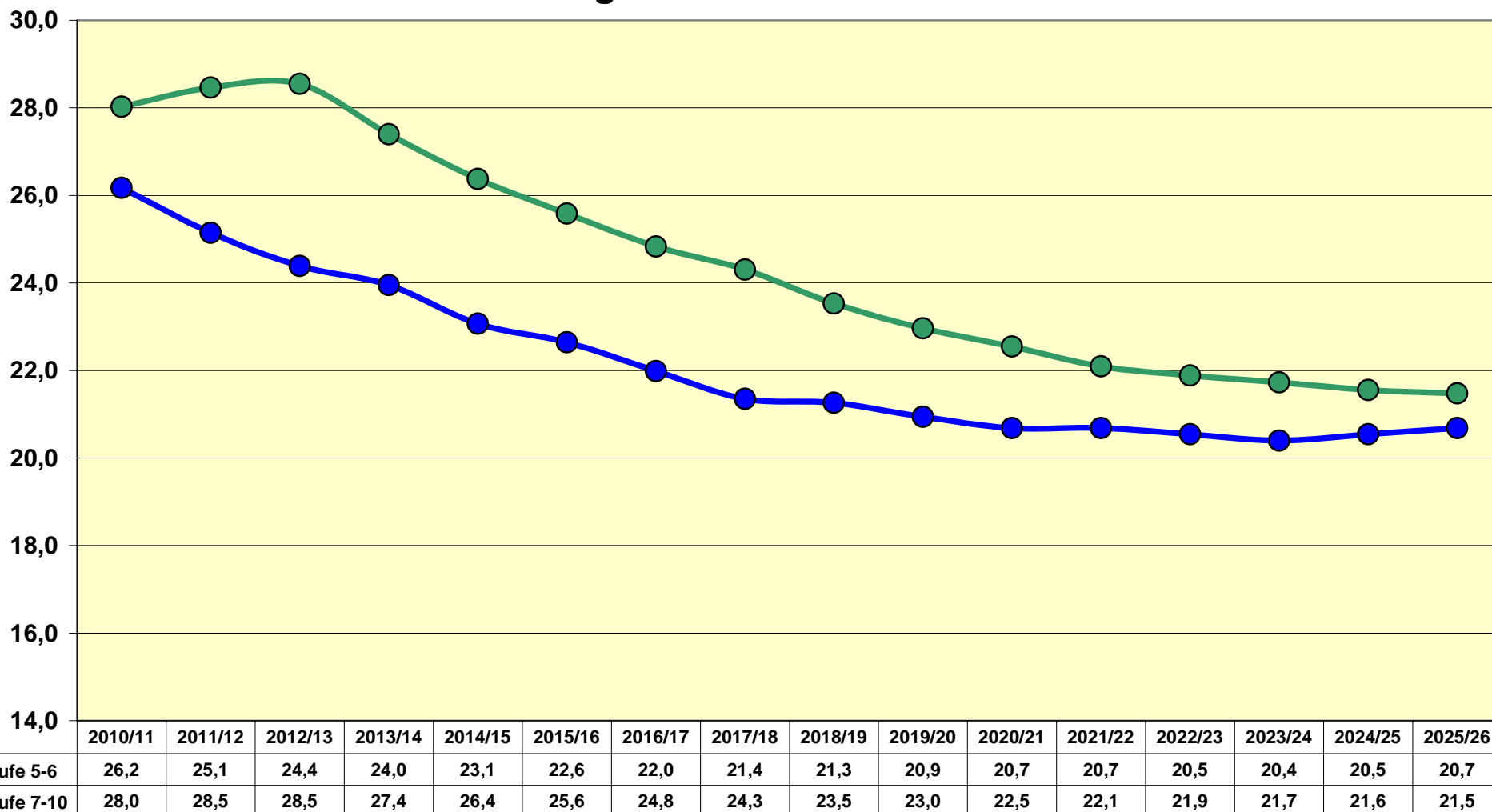
1..5	
6..11	
12..16	



ELTERN FÜR BILDUNG

Landeselterninitiative für Bildung

Prognose der Schüler je Klasse an Gesamtschulen bis 2025 bei zu heute gleichbleibender Klassenzahl



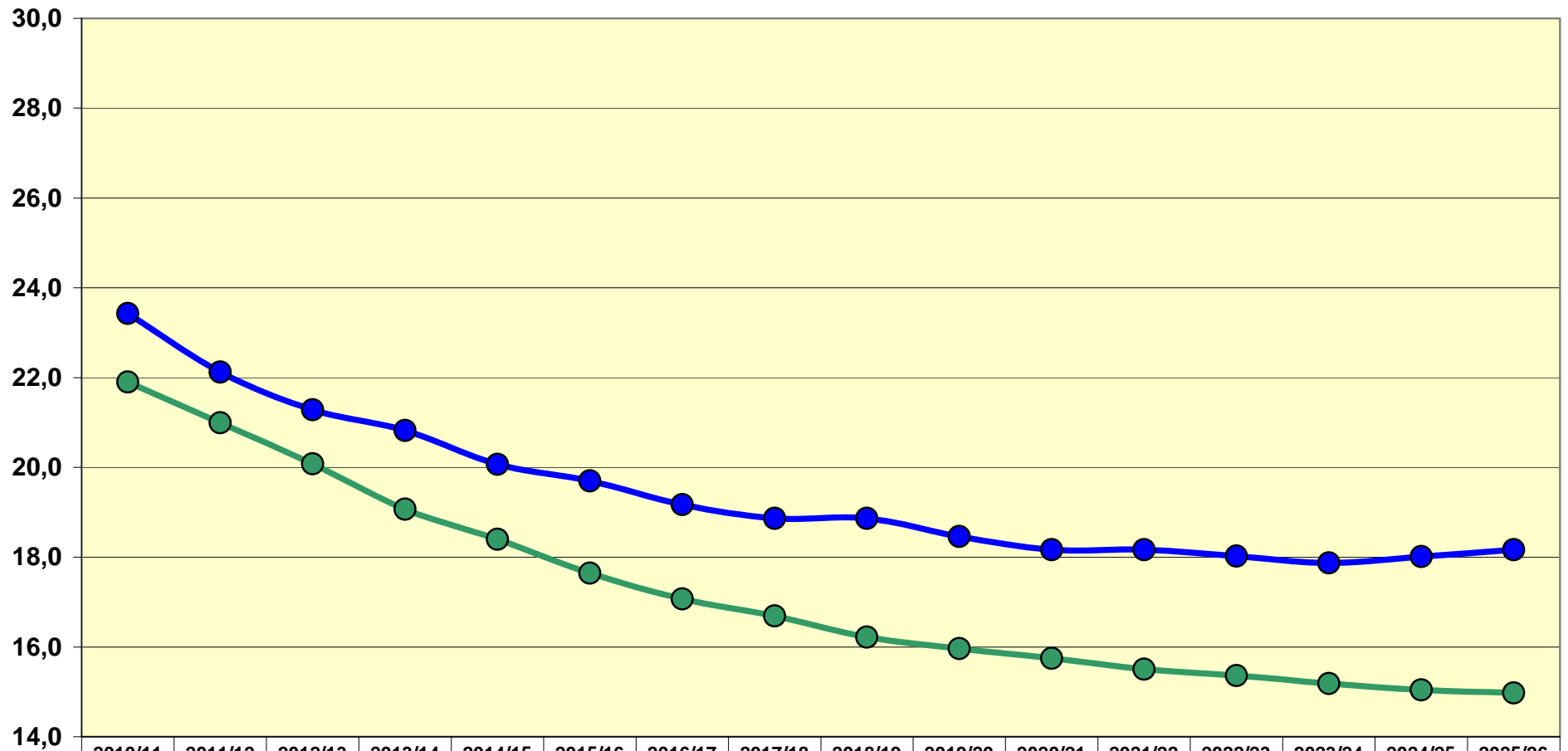
Quelle: Ministerium für Bildung, Prognosezahlen 10.1.2011, eigene Berechnungen



ELTERN FÜR BILDUNG

Landeselterninitiative für Bildung

Prognose der Schüler je Klasse an ERS bis 2025 bei zu heute gleichbleibender Klassenzahl



● Klassenstufe 5-6	23,4	22,1	21,3	20,8	20,1	19,7	19,2	18,9	18,9	18,5	18,2	18,2	18,0	17,9	18,0	18,2
● Klassenstufe 7-10	21,9	21,0	20,1	19,1	18,4	17,6	17,1	16,7	16,2	16,0	15,7	15,5	15,4	15,2	15,0	15,0

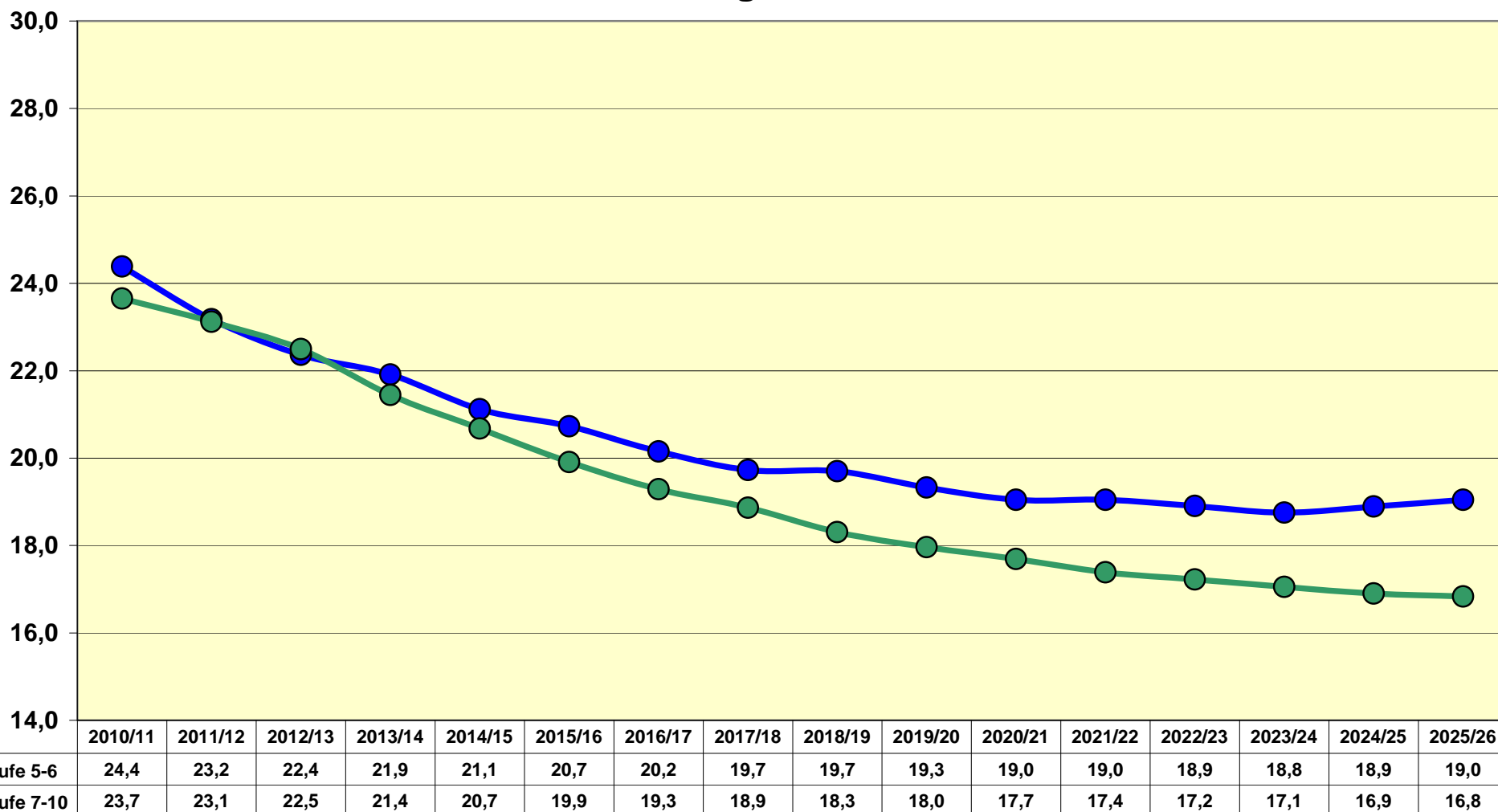
Quelle: Ministerium für Bildung, Prognosezahlen 10.1.2011, eigene Berechnungen



ELTERN FÜR BILDUNG

Landeselterninitiative für Bildung

Prognose der Schüler je Klasse an Gemeinschaftsschulen (alle ERS, GeS) bis 2025 bei zu heute gleichbleibender Klassenzahl



Quelle: Ministerium für Bildung, Prognosezahlen 10.1.2011, eigene Berechnungen